

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

September 2018

# Neurotstadt magazin



**dbb berlin:  
Aktiv gegen  
Diskriminierung**



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin





© Michael Wittig

*Liebe Leserinnen, lieber Leser,*

wieder einmal musste der dbb berlin zu einer Besoldungsentscheidung des Senats Stellung beziehen, die zwar eine kleine positive Seite hat, aber dem eigentlichen Ziel der Besoldungsgerechtigkeit um kein Haar näher rückt. Vermutlich geht es den politisch Verantwortlichen bei der zusätzliche Anhebung der Sonderzahlung für die Beamtinnen und Beamten in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 9 wohl weniger um die Betroffenen als um die Vermeidung weiterer gerichtlicher Auseinandersetzungen um die amtsangemessene Alimentation. Allerdings scheint neue Ungemach schon vorprogrammiert, weil jetzt der Abstand zwischen den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 auf einen verfassungsrechtlich bedenklichen Wert sinkt.

Abgesehen von dieser besoldungspolitischen Flickschusterei herrschte während der parlamentarischen Sommerpause ziemlich Funkstille. Nicht ganz so allerdings beim dbb berlin und seinen Mitgliedsgegewerkschaften: Wir haben einmal mehr ein Zeichen gegen Diskriminierung beim alljährlichen Motzstraßenfest gesetzt und auch unsere Fachgewerkschaften sind nicht untätig gewesen:

Die KEG hat sich mit Kita-Plätzen und -Gebühren auseinandergesetzt. Die Justizgewerkschaften sind in Sachen Strategieplanung in Klausur gegangen, und beim BLBS Berlin gibt es jetzt ein Lehrerkrisentelefon.

Schließlich geben wir noch eine Warnung vor Trickbetrügern weiter.

Lassen Sie sich also nicht übers Ohr hauen, sondern genießen Sie den Spätsommer.

Ihr

Frank Becker,  
Landesvorsitzender dbb berlin

## Inhalt

<b>Besoldung</b>	
Tropfen auf den heißen Stein	4
<b>Landesleitung</b>	
Kompetentes Tarifduo	6
Wichtige Termine	7
Vorsicht Trickbetrüger!	8
Überlastungsanzeigen nicht vergessen	8
<b>Antidiskriminierung</b>	
Auf den dbb berlin ist Verlass	9
<b>Schwarzarbeit</b>	
Effektiv bekämpfen	10
<b>Aus den Mitgliedsgewerkschaften</b>	
Justizgewerkschaften stecken Kurs ab	12
BSBD-Willkommensgruß	12
KEG: Fragwürdige Maßnahme!	13
BLBS-Lehrerkrisentelefon	14
<b>Rechtsprechung</b>	
Mitbestimmung bei	
Leiharbeitnehmereinsatz	14
<b>Unterhaltung</b>	
Preisrätsel	15
<b>Kurz notiert</b>	
Glückwünsche	16
Berliner Präventionstag 2018	16

### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

**Redaktion:** Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

**E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

**Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

**Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

**Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

**Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane

Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712.

Preisliste 15, gültig ab 1.10.2017. **Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien,

Marktweg 42-50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern.

**Fotos:** wie angegeben. **Titelbild:** © dbb berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

## Erhöhung Sonderzuwendung

# Tropfen auf den heißen Stein

Die geplante zusätzliche Anhebung der Sonderzahlung für die Beamtinnen und Beamten in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 9 kann die längst überfällige Erhöhung der Grundbesoldung in Berlin nicht ersetzen. Das hat der dbb berlin gegenüber Finanzsenator Matthias Kollatz klargestellt. Zwar sei die Maßnahme generell zu begrüßen, jedoch als Instrument zur Beseitigung einer verfassungswidrig zu niedrig bemessenen Alimentation ungeeignet.

Konkret sieht der Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sonderzahlungsgesetzes (2. SZÄndG) eine Anhebung der Sonderzahlung in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 9 um 250 Euro auf 1 550 Euro – statt der bislang in 2018 vorgesehenen 1 300 Euro vor.

So weit, so gut – wenn nicht die geradezu realitätsferne Begründung der Maßnahme aufhorchen ließe, wonach der Besoldungsabstand der unteren Besoldungsgruppen des Landes Berlin zu denen der anderen Bundesländer und des Bundes abgebaut werden soll.

„Das ist allenfalls ein Tropfen auf einen heißen Stein“, kommentiert dbb Landeschef Frank Becker. „Offenbar will der Senat mit der auf gerade einmal 20 Euro brutto im Monat zu beziffernden Verbesserung die Verfassungswidrigkeit der Alimentation in den unteren Besoldungsgruppen auf allerniedrigstem Niveau vermeiden.“

Ob das gelingt, ist allerdings äußerst zweifelhaft.

### Abstandsgebot wird missachtet

Denn mit der erhöhten Sonderzahlung ausschließlich für die Besoldungsgruppen A 4 bis A 9 im Jahr 2018 droht ein neuer Konflikt mit der Verfassung. Denn das jetzt schon unterschrittene Abstandsgebot zwischen den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 wird noch stärker vernachlässigt. Tatsächlich schmilzt der Abstand zwischen A 9 und A 10 allein im Eingangsamts von 175 Euro auf 120 Euro monatlich und bildet damit die unterschiedlichen Anforderungen an die Ämter besoldungsrechtlich nicht verfassungskonform ab.

Besonders besorgt ist der dbb berlin jedoch darüber, dass das Land Berlin seinem Ziel einer Besoldungsangleichung an Bund und Länder bis zum Jahr 2021 wiederum so gut wie gar nicht näherkommt.



„Bei einer Erhöhung von gerade einmal 20 Euro brutto/Monat muss man kein Rechenkünstler sein, um den fortbestehenden Besoldungsrückstand der Berliner Beamten auch in den unteren Besoldungsgruppen auszumachen. Denn bereits im Jahr 2017 wurden in der Besoldungsgruppe A 8 bei 14 Jahren Berufserfahrung in Brandenburg knapp 75 Euro, in Nordrhein-Westfalen ca. 153 Euro, in Thüringen über 150 Euro und beim Bund und in Bayern sogar ca. 330 Euro mehr bezahlt“, rechnet Becker vor.

### Rückstand unverändert

Dieser Rückstand dürfte sich auch 2018 – trotz der Besoldungserhöhung um 3,0 Prozent – nicht wesentlich verringert haben, da den diesjährigen Besoldungsanpassungen in den zitierten Gebietskörperschaften bedeutend höhere Grundbeträge zugrunde liegen.

„Auch dass das Land Berlin die Besoldungserhöhung mit zeitlicher Verzögerung erst zum 1. Juni gewährt hat, statt wie sonst im Bundesgebiet zum 1. Januar, ist kontraproduktiv und völlig unverständlich in Sachen Angleichung gewesen“, erinnert der dbb Landeschef.

Das Land Berlin ist jetzt dringend gehalten, die Dienstbezüge insgesamt in einem weiteren Schritt in 2018 linear zu erhöhen, um der Feststellung einer verfassungswidrigen Unteralimentation durch das Bundesverfassungsgericht zu entgehen und das selbst gesteckte Ziel – bis zum Jahr 2021 das Besoldungsniveau des Durchschnitts der übrigen Bundesländer und des Bundes zu erreichen – zu realisieren. ■

## Höhe der Sonderzahlung in 2018

So sehen die Erhöhungsbeträge nach dem Entwurf eines Zweiten Sonderzahlungsänderungsgesetzes – 2. SZÄndG – aus:

Die Sonderzahlung bemisst sich unter Berücksichtigung des § 6 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Überleitungsfassung für Berlin nach der Besoldungsgruppe, die am 1. Dezember für die Bezügezahlung maßgebend ist.

Sie beträgt ab dem Jahr 2018

- > für die Beamtinnen und Beamten in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 9 550 Euro,
- > für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Versorgung sich aus den

Besoldungsgruppen A 1 bis A 9 berechnet, 775 Euro,

- > für die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter in den übrigen Besoldungsgruppen 900 Euro,
- > für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Versorgung sich aus den übrigen Besoldungsgruppen berechnet, 450 Euro und
- > für die Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst 400 Euro.



## Kommissionen und Ausschüsse besetzt

Bei seiner ersten Sitzung nach dem Landesgewerkschaftstag hat der dbb Landesvorstand am 21. August 2018 in neuer und erweiterter Zusammensetzung – aufgrund einer Satzungsänderung sind jetzt alle Fachgewerkschaften vertreten – die Mitglieder der beratenden Gremien gewählt.

### Gewählt wurden:

#### Landestarifkommission:

Boris Biedermann (DPoIG), Gabriela Kluge (DSTG), Gerhard Fabienke (VBE), Bernd Loran (BSBD), Svenja Ketelsen (DBSH), Kerstin Gutwasser-Friebel (gkl), Stephan Briesenick (gkl), Hendrik Wiencek (DPhV/BB)

#### Landesfrauenvertretung:

Daniela Felix (DPoIG), Gabriele Dietrich (VBE), Christiane Knittel (DJG), Ruth Heinrich (BDR), Gabriela Kasigkeit (DPhV/BB), Susanne Lange (DPVKOM), Marita Bartelt (DSTG), Kerstin Gutwasser-Friebel (gkl)

#### Landessenorenvertretung:

Bernd Raue (DSTG), Holger Schulz (DPoIG), Gabriele Dietrich (VBE), Dr. Jobst Werner (DPhV/BB), George Bamberger (BRH), Reinhard Junker (DJG), Peter Streich (DGVB), Heinrich Hellstab (VRB)

#### Finanzausschuss:

Rainer Schröder (DSTG), Holger Schulz (DPoIG), Dirk Liebe (gkl), Marcel Rose (DJG), Yannick Stenzel (BDR), Martin Hartwig (DJG), Anna Maria Althelmig (VBE), Karsten Hönig (DPhV/BB)

#### Ausschuss für Satzung oder Organisation:

Gerhard Fabienke (VBE), Cornelia Stemmler (gkl),

Marcel Rose (DJG), Helmut Sarwas (DPoIG), Detlef Dames (DSTG), George Bamberger (BRH), Dagmar Bahr (vrff), Frank Wehde (DPVKOM)

#### Dienstrechtsausschuss:

Ulf Melchert (DJG), Christoph Lüdicke (DPoIG), Oliver Thiess (DSTG), Andrea Orhan (gkl), Dr. Hanno Rüter (VBE), Ferdinand Horbat (DPhV/BB)

#### Ausschuss für Rechte der Beschäftigtenvertretung

Torsten Riekötter (DPoIG), Gerhard Fabienke (VBE), Ralf Behling (BDR), Cornelia Stemmler (gkl), Detlef Dames (DSTG), Gabriela Kasigkeit (DPhV/BB), Christoph Pigulla (vrff), Carola Rodehau-Noack (vbba)

#### Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnik (IuK):

Andreas Reinert (DPoIG), Achim Lindheimer (VBE), Rolf Herrmann (DSTG), Norman Crow (DJG), Andrea Orhan (gkl), Stephan Swientek (BTE BB), Christian Steffens (DPVKOM), Dagmar Bahr (vrff)

#### Ausschuss für öffentliche Sicherheit:

David Bartetzko (DJG), Andreas Schloßmacher (DPoIG), Stephan Briesenick (gkl), Markus Oegel (DGVB), Heidrun Quandt (VBE), Karsten Staß (vbba), Marita Bartelt (DSTG)

Landesleitung

# Kompetentes Tarifduo



Pflegen gute Zusammenarbeit: Synnöve Nüchter und Torsten Jaehne

Der Landesgewerkschaftstag 2018 des dbb berlin hat mit der Wahl von Synnöve Nüchter und Torsten Jaehne für mächtig Tarifpower in der Landesleitung gesorgt. Während Synnöve Nüchter, die schon in der vorangegangenen Amtszeit die Interessen der Tarifbeschäftigten in der Landesleitung vertreten hat, für Erfahrung und Kontinuität sorgt, ist mit Torsten Jaehne nicht nur frisches Blut in das Gremium eingezogen, sondern auch ein Experte für den privatisierten Bereich.

Drei Jahre ist es her, dass der im Mai aus der Landesleitung ausgeschiedene dbb Tarifexperte Bernd Raue auf der Suche nach einer würdigen Nachfolge Synnöve Nüchter „entdeckte“, die sich seit 2013 in der gkl Landesleitung die ersten Sporen im Tarifgeschäft verdiente.

Ein Glücksgriff, wie sich die damalige Landesleitung bald überzeugen konnte, denn seit 26. April 2016 gehört sie dem Gremium aufgrund einer Nachwahl an.

## Hautnah bei Tarifverhandlungen

Inzwischen ist sie als Mitglied der Bundestarifkommission des dbb nicht nur hautnah bei den Tarifverhandlungen dabei, sondern verfügt auch über die

notwendigen, umfassenden Kenntnisse im Tarif und Arbeitsrecht, um die Forderungen der Berliner dbb Fachgewerkschaften dort wirksam vertreten zu können. „Das ist eine tolle und spannende Arbeit“, freut sich die stellvertretende Landesvorsitzende auch mit Blick auf die TV-L-Verhandlungen im kommenden Jahr. Zu diesen Terminen wird Synnöve Nüchter nach dem Gewerkschaftstag mit jeder Menge Forderungen im Gepäck anreisen, insbesondere was die Eingruppierung im Sozial- und Erziehungsdienst sowie für Technische Assistenten betrifft.

## Privatisierungsbestrebungen abwehren!

Mit der Umsetzung der Beschlüsse des höchsten dbb Landesgremiums wird sich auch Torsten Jaehne, der „Neue“ an der Tariffont des dbb berlin, befassen müssen. Als einer, der sich bei der DPVKOM die ersten gewerkschaftlichen Sporen verdient hat und noch jung an Jahren bis zum Regionalvorsitzenden Ost (Berlin, Brandenburg und Sachsen) avanciert ist, bringt er natürlich das allerbeste Rüstzeug mit, um Verbesserungen im Betriebsverfassungsrecht zu initiieren oder Privatisierungsbestrebungen im hoheitlichen Bereich frühzeitig Paroli zu bieten. Das Negativbeispiel der Privatisierung der Deutschen Bundespost in den 90er-Jahren hallt bei allen Betroffenen immer noch stark nach.

Über Erfahrungswerte verfügt Torsten Jaehne auch, wenn es um die Forderung des Landesgewerkschaftstags nach einem Tarifvertrag für die beim Land Berlin beschäftigten dual Studierenden geht. Denn Post und Telekom verfügen bereits über einen solchen Vertrag.

Auch des seit mittlerweile 28 Jahren schwelenden Themas Angleichung Renten Ost an West will sich der neue stellvertretende Landesvorsitzende annehmen.

Und last, but not least muss ein ärgerlicher Dauerbrenner endlich beseitigt werden, nämlich die Vergabe von Postversandleistungen durch das Land Berlin an private Dienstleister mit einer höchst fragwürdigen Personalpolitik.

Das hauptstadt magazin wünscht dem engagierten Tarifduo in der Landesleitung auf jeden Fall viel Erfolg und das notwendige Quentchen Glück bei seiner Amtsführung. ■

## Wichtige Termine im Oktober

### 11. Oktober 2018: dbb berlin im Dialog

Im Rahmen der erfolgreichen Veranstaltungsreihe erwartet der dbb berlin dieses Mal die Fraktionsvorsitzende von Die Linke, Carola Bluhm, die zum Thema „Personalentwicklung – Personalgewinnung – Personalbindung“ Stellung nehmen und natürlich mit den Amtsträgerinnen und Amtsträgern des dbb berlin diskutieren wird.

### 17. Oktober 2018: Personal- und Betriebsrätekonferenz

Nach ihrem erfolgreichen Debüt vor zwei Jahren kommen noch einmal „die Hacker“ zu den Personal- und Betriebsräten des dbb berlin. Wieder werden zwei Akteure in einer Live-Hacking-Veranstaltung einfach und anschaulich zeigen, wo Angriffe und Bedrohungen im Internet lauern und wie der Nutzer sie erkennen kann bzw. handeln muss, um seine Daten zu schützen.

Über beide Veranstaltungen wird das hauptstadt magazin ausführlich berichten.

## Vorsicht Trickbetrüger!

Einen hoheitlichen Anstrich versuchen sich neuerdings Trickbetrüger zu geben, die angeblich als Mitarbeiter der Finanzverwaltung am Telefon Steuern und Gebühren einfordern.

Nach Informationen der Senatsverwaltung für Finanzen geht es konkret um Fälle, in denen Anrufer sich als Beschäftigte des Finanzamts Neukölln ausgeben und über angebliche Lotteriegewinnen im Ausland informieren, für deren Auszahlungen zunächst Gebühren und Steuern an das Finanzamt entrichtet werden müssten. Für die Zahlung wird telefonisch eine Kontoverbindung mitgeteilt oder verlangt, das Geld per Western Union ins Ausland zu überweisen. Sollten die Betroffenen den geforderten Betrag nicht zahlen können, würden auch Ratenzahlungen akzeptiert.

Zeigen die vermeintlichen Lotteriegewinner berechtigtes Misstrauen, treten weitere Anrufer auf den Plan, die sich als Beschäftigte der Justizverwaltung ausgeben und die Betroffene unter Druck setzen.

Wichtig: Die Berliner Finanzämter nehmen grundsätzlich keinen telefonischen Kontakt mit Bürgerinnen und Bürger auf, um diese aufzufordern, Gebühren und Steuern für einen ausländischen Lotteriegewinn zu überweisen oder diese per Western Union zu transferieren. Die Auszahlung eines Lotteriegewinns wird von einem Finanzamt ebenfalls nicht in Aussicht gestellt.

Betroffene schützen sich am besten vor diesen Betrugsversuchen, indem sie grundsätzlich nicht über persönliche oder finanzielle Verhältnisse am Telefon sprechen oder das Telefonat bei jeglichen Versuchen der Einschüchterung unverzüglich beenden. Auch die Nutzung ausländischer Bankverbindungen kann in solchen Fällen ein Hinweis auf betrügerische Absichten sein. Verdächtige Anrufe sollten der Polizei gemeldet werden. ■

## Überlastungsanzeigen nicht vergessen!

Auch wenn die Aufgabenflut zu erdrücken droht, für eines sollten die von chronischem Personalmangel, mangelhaften Arbeitsbedingungen oder organisatorischen Mängeln gebeutelten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Berliner Verwaltung sich auf jeden Fall Zeit nehmen, nämlich für eine Überlastungsanzeige. Sie schützt die Betroffenen vor den Konsequenzen von Flüchtigkeitsfehlern, die in andauernden Stresssituationen fast unvermeidlich auftreten, und ist ein Weckruf für den Arbeitgeber, für Abhilfe zu sorgen.

Tatsache ist, wer überlastet ist, macht Fehler und gefährdet sich und andere. Leicht kann es dabei auch zu finanziellen Einbußen beim Arbeitgeber kommen, die rechtliche Konsequenzen und Schadensersatzansprüche nach sich ziehen können.

Eine Überlastungs-/Gefährdungsanzeige schützt vor diesen gefährlichen Folgen und zeigt dem Arbeitgeber auf, wo Gefahrenquellen für Leib oder sogar Leben von Beschäftigten und Bürgern liegen oder finanzielle Ausfälle drohen. Der Arbeitgeber muss dann aufgrund der Anzeige in angemessener Reaktionszeit für Abhilfe sorgen.

Nach dem Arbeitsschutzgesetz besteht sogar eine Pflicht, den Arbeitgeber vor dem Eintritt eventueller Schäden zu warnen. Die Überlastungsanzeige ist des-

halb unverzüglich abzugeben, wenn eine Gefährdung durch den Beschäftigten festgestellt wurde.

Dementsprechend ist eine Anordnung, keine Überlastungsanzeigen zu fertigen, oder gar die Androhung von Abmahnungen in jedem Fall rechtswidrig.

In derartigen Fällen sollte sofort der Personal-/ Betriebsrat eingeschaltet werden.

### Inhalt der Anzeige

Bei der Fertigung der Anzeige ist zu beachten, dass auf jeden Fall Name und Arbeitsbereich des Beschäftigten, das Datum, die Beschreibung der Situation sowie die Mindestbesetzung und die tatsächliche Besetzung der Stelle enthalten sein müssen. Außerdem gilt es, die Überlastungsmerkmale und persönliche Folgen sowie die Folgen oder Gefährdungen für andere inklusive dadurch nicht erledigter Aufgaben aufzuführen. Auch bereits erfolgte mündliche Hinweise und Abhilfesuche an den Vorgesetzten/ Arbeitgeber sollten nicht fehlen. Schließlich muss die Überlastungsanzeige noch mit einer Unterschrift versehen werden – und fertig!

Ein Anzeigenmuster ist unter [www.dbb.berlin](http://www.dbb.berlin) abrufbar. ■

## Antidiskriminierung

# Auf den dbb berlin ist Verlass!

Wenn es darum geht, Zeichen gegen Diskriminierung zu setzen, dann ist auf den dbb berlin grundsätzlich Verlass. Wie schon seit vielen Jahren hat er sein Engagement in dieser Sache auch beim diesjährigen „Motzstraßenfest“ am 21. und 22. Juli wieder mit einem Infostand unter Beweis gestellt.

Mit dem zweitägigen lesbisch-schwulen Straßenfest setzt Berlin seit 26 Jahren ein Zeichen für „Gleiche Rechte für Ungleiche – weltweit“, und das mit Riesenerfolg. Rund 400 000 Besuchern wurden in diesem Jahr gezählt, und Vertreter aller gesellschaftlichen Gruppen und natürlich auch viele Angehörige des öffentlichen Dienstes gaben sich ein Stelldichein beim Fest des friedlichen Miteinanders.



CDU-Generalsekretär Stefan Evers (Bildmitte) am Infostand des dbb berlin

## Viele Besucher am dbb Infostand

So auch am dbb Infostand, wo allen voran dbb Landeschef Frank Becker die Gelegenheit zum Dialog nutzte und unter anderem den Generalsekretär der Berliner CDU, Stefan Evers, begrüßen konnte.



Beim 3D-Puzzle am Infostand des dbb berlin (Torsten Jaehne und Martina Riedel)

Nicht nutzlos verstreichen ließen auch die stellvertretenden Landesvorsitzenden Sandra Kothe (DSTG), Thomas Goiny (BSBD) und Torsten Jaehne (DPVKOM) die vielen Begegnungen, um Kontakte zu schmieden oder zu festigen. Mit von der Partie waren außerdem die Vorsitzende der gkl berlin, Cornelia Stemmler, der Vorsitzende der DJG Berlin, Peter Liebheit, sowie die stellv. Landesvorsitzende der DPoIG Berlin, Sabine Schumann. Unterstützt wurde der dbb berlin darüber hinaus von der Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates Finanzen, Martina Riedel, und weiteren Kolleginnen und Kollegen aus den Fachgewerkschaften, um den mehreren Hunderttausend Besuchern des Straßenfestes Informationen aus erster Hand zur Verfügung stellen zu können.

## Begehrte Fachinformationen

Auf besonders großes Interesse stießen die Fachinformationen der Mitgliedsgewerkschaften bei den Besuchern, aber auch das hauptstadt magazin fand seine Abnehmer.

Große Freude hat beim dbb berlin schließlich das Wiedersehen mit Vertretern des DBSH (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit) aus Nordrhein-Westfalen und dem Saarland ausgelöst, die schon zum wiederholten Male eigens für das Motzstraßenfest angereist waren.



## Schwarzarbeit effektiver bekämpfen

# Rote Karte für schwarze Schafe

Der Kampf gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in Berlin ist nach Angaben der Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales effektiver und erfolgreicher geworden. Zurückgeführt wird das positive Ergebnis nicht zuletzt auf die Bündelung bezirklicher Zuständigkeiten bei der Zentrale-Stelle-Bekämpfung-Schwarzarbeit-Berlin (ZSBS-B) und die Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt. Der dbb berlin begrüßt diese Entwicklung, fordert aber ein sehr viel weiter gehendes Konzept, das alle mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit befassten Behörden einbezieht.

Seit Mitte 2017 ist das ZSBS-B für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz zuständig, nachdem zuvor ein entsprechendes Pilotprojekt erfolgreich verlaufen war.

Durch die Bündelung der bezirklichen Zuständigkeiten an einer zentralen Stelle in Pankow können die Verdachtsfälle nicht nur schneller, sondern auch einheitlich bearbeitet werden, würdigte Arbeitssenatorin Elke Breitenbach die Arbeit der Pankower Behör-

de und verweist auf 429 bearbeitete Verdachtsfälle auf Schwarzarbeit und Bußgelder in Höhe von insgesamt 175.220 Euro seit September 2016.

### Nur ein erster Schritt

Für den dbb berlin kann die Bündelung in den Bezirken und die Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt allerdings nur ein Anfang sein. Denn weit mehr Berliner Behörden, insbesondere Zoll und Arbeitsämter, gehen gegen Schwarzarbeit vor. Auch die Finanzämter sind u. a. mit den Lohnsteuerprüfungen und der Steuerfahndung involviert.

Der dbb berlin drängt deshalb auf eine schlagkräftige Vernetzung aller und nicht nur vereinzelter Behörden, um der Schwarzarbeit einen wirksamen Riegel vorzuschieben. Ohne dieses gemeinsame Vorgehen, ohne technische Verbesserungen, ohne ausreichende Fortbildungen und insbesondere auch Personalaufstockungen dürfte es nämlich kaum gelingen, den „schwarzen Schafen“ sehr viel häufiger die „Rote Karte“ zu zeigen, als dies gegenwärtig noch möglich ist. ■

## Die VAK sucht ehrenamtliche Prüfer!

Für die Abnahme von Zwischen- und Abschluss- und Umschulungsprüfungen im Rahmen der Durchführung der Berufsausbildung benötigt die Verwaltungsakademie Berlin (VAK) engagierte Prüferinnen und Prüfer.

Das Land Berlin hat die Berufsausbildung von Nachwuchskräften erheblich ausgeweitet. Pro Jahr werden ca. 300 Auszubildende allein im Ausbildungsgang „Verwaltungsfachangestellte/r“ für eine künftige Tätigkeit in der allgemeinen Verwaltung neu eingestellt.

Daneben setzen private Bildungseinrichtungen – insbesondere in Kooperation mit der Arbeitsagentur und Jobcentern – verstärkt auf Umschulungen zum/zur Verwaltungsfachangestellten. 2018 wurden bereits über 100 Umschülerinnen und Umschüler bei der zuständigen Stelle der Verwaltungsakademie registriert.

Für eine ehrenamtliche Tätigkeit in Prüfungsausschüssen für den Ausbildungsberuf „Verwaltungs-

fachangestellte/r“ sucht die VAK zum Oktober 2018 Prüferinnen und Prüfer u. a. in den Fachgebieten:

- > Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahren (insbes.: Polizei- und Ordnungsrecht)
- > Personalwesen (Arbeits-/Beamtenrecht)
- > Sozialhilferecht (insbes. SGB XII)
- > Haushaltsrecht

Voraussetzung für die Tätigkeit sind Sachkunde im Prüfungsgebiet und Bereitschaft zur Fortbildung.

Bewerbungen bitte an:  
**Bjoern.Friedrichs@vak.berlin.de**

### Nähere Informationen erteilen:

Frau Pfänder,  
anne.pfaender@vak.berlin.de,  
Tel.: 90229-8043

Herr Friedrichs  
bjoern.friedrichs@vak.berlin.de,  
Tel.: 90229-8047

Herr Romrod,  
sigurd.romrod@vak.berlin.de,  
Tel.: 90229-8040.





## dbb Justizgewerkschaften stecken gemeinsamen Kurs ab

Die Justizgewerkschaften im dbb berlin haben auf einer Klausurtagung am 7. und 8. Juli 2018 ihre gemeinsamen Ziele bekräftigt. Insbesondere sollen auch mit Blick auf die 2020 anstehenden Personalratswahlen die gewerkschaftlichen Personalvertretungen gestärkt und unterstützt werden.

Denn an personellen Problemen fehlt es im Justizbereich nicht. Vor allem gelte es, die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten u. a. durch einheitliche Beförderungsmaßstäbe, Einführung eines einheitlichen

Gesundheitspaktes und eine strategische Personalentwicklung zu verbessern. Auch die Qualifizierung und Schulung der Führungskräfte ist nach Feststellung der Justizgewerkschaften überfällig.

Einig waren sich die Teilnehmer der Klausurtagung auch über die Unverzichtbarkeit des gewerkschaftlichen Engagements zum Wohl der Beschäftigten. Ausschließlich auf Politik und Justizverwaltung könnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich jedenfalls nicht verlassen. ■

### BSBD:

## Willkommen im Berliner Justizvollzug!



Präsentieren stolz den neuen Ordner (von links): Thomas Goiny (Landesvorsitzender BSBD Berlin), Thomas Bestmann (stellv. Landesvorsitzender BSBD Berlin), Silke Fischer (BBBank), Hein-Jörg Schmidt (Debeka)

Er hatte einen langen Vorlauf, der Ausbildungsordner, mit dem der BSBD Berlin jetzt die neuen Beschäftigten im Justizvollzug willkommen heißt. Zusammen mit seinen Partnern BBBank und Debeka leistet der BSBD Berlin damit effektive Hilfestellungen für die Neueinsteiger und stellt gleichzeitig seine Kompetenz und Einsatzbereitschaft für die Interessen der Beschäftigten im Berliner Strafvollzug unter Beweis.

Der Ordner informiert brandaktuell über einschlägige Vorschriften und Gesetze, u. a. Beihilfavorschri-

ten, Bestimmungen über Vermögenswirksame Leistungen und Rechtsgrundlagen, die für den Berliner Justizvollzug wichtig sind.

Die Partner BBBank und Debeka bieten allen Berufseinsteigern ihre günstigen Konditionen an. BSBD-Mitglieder erhalten sogar noch zusätzliche Vergünstigungen.

Verteilt wird der Willkommensordner an die Anwärtinnen und Anwärter im allgemeinen Justizvollzugsdienst und alle Neueinsteiger in den anderen Berufsgruppen im Strafvollzug, so auch an Beschäftigte im Werk-, Krankenpflege, Sozial- und Verwaltungsdienst.

### Leitfaden für Neueinsteiger

„Es ist uns wichtig, den vielen neuen Kolleginnen und Kollegen im Berliner Justizvollzug einen Leitfaden in die Hand zu geben, um Ausbildung und Einarbeitung in die neue Berufswelt zu erleichtern“, erläutert BSBD-Landeschef Thomas Goiny den Willkommensgruß. „Denn die Tätigkeit im Justizvollzug ist eher eine Berufung als ein Beruf. Flexibilität und Einsatzbereitschaft an 365 Tagen im Schicht- und Wechseldienst verlangen den Beschäftigten viel ab.“

Der BSBD Berlin will deshalb den Neueinsteigern mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die Erfahrung habe gezeigt, dass neue Aufgaben oft mehr Fragen als Antworten aufwerfen und zusätzliche Erläuterungen notwendig sind, die in dieser Form im Justizvollzug nur der BSBD Berlin anbietet. „Besonders wichtig ist auch die rechtliche Absicherung, wenn einmal nicht

alles rund läuft“, weiß Goiny. Denn die Erwartungen sind hoch, die Ausbildung anspruchsvoll und besonderes Fingerspitzengefühl im menschlichen Umgang gefragt. Auch ist der öffentliche Dienst nicht immer ein einfacher Arbeitgeber bzw. Dienstherr.

Dazu Goiny: „Unsere Aufgabe ist es, die Beschäftigten zu schützen und zu unterstützen. Wir machen das gern und gründlich, weshalb der Rechtsschutz auch einen Schwerpunkt in der Arbeit des BSBD Berlin bildet.“ ■

## KEG

# Fragwürdige Maßnahme!

Das Land Berlin verlangt ab 1. August 2018 von den Eltern keine Kita-Gebühr mehr. Eigentlich ein Grund zum Jubeln, wäre ein auch nur annähernd ausreichendes Platzangebot verfügbar und würden nicht immer noch viele Eltern vergeblich auf einen Kita-Platz warten. Genau genommen kommt die Berliner Entscheidung nämlich nur einer Klientel zugute – den Eltern, die einen der begehrten Berliner Kita-Plätze ergattern konnten, moniert die Katholische Erziehergemeinschaft Berlin/Brandenburg (KEG).

Vor diesem Hintergrund klingt die Begründung für die Gebührenbefreiung – Chancengerechtigkeit für alle Kinder – fast zynisch, denn ein nicht unerheblicher Teil der Berliner Kinder bekommt erst gar keinen Kita-Platz.

Fakt ist, dass die Bereitstellung von Kita-Plätzen in Berlin sehr schleppend vorangeht und lange Wartelisten viele Eltern vor große Probleme bis hin zum Verlust des Arbeitsplatzes stellen.

Aus Sicht der Katholische Erziehergemeinschaft Berlin/Brandenburg (KEG) wurden die Prioritäten hier falsch gesetzt: „Es ist ein inakzeptabler Zustand, dass das Land Berlin die Freistellung der elterlichen Kita-Kostenbeteiligung durchsetzt, auf der anderen Seite aber die wirklich wichtigen Maßnahmen wie Bereit-

stellung von Kita-Plätzen und Sicherung der qualitativen Bildungs- und Betreuungsangebote nicht in dem Maße umsetzt, wie es die aktuelle Situation erfordert“, heißt es in einer Presseerklärung der Organisation.

Für Eltern, so die KEG weiter, stehe nicht die Gebührenbefreiung an vorderster Stelle, sondern die ernsthafte Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz. Damit verbunden muss das Recht auf Bildung, Erziehung und Betreuung für jedes Kind sein, wie das Gesetz es vorsieht.

Nicht gerecht wird der Berliner Senat diesem Auftrag auch mit seiner Strategie, den Fachkräftemangel in den Kindertageseinrichtungen mit Quereinsteigern ohne entsprechende pädagogische Ausbildung zu beheben.

Auch sinkende Qualitätsstandards, Überbelegung, Überlastung des Fachpersonals und wachsende Unzufriedenheit der Eltern werden offenbar vom Senat übersehen, wenn es gilt, sich mit einer positiv klingenden Schlagzeile als Vorreiter der gebührenfreien Kita zu schmücken. Auch die KEG setzt sich für kostenfreie frühkindliche Bildung ein! Sie wehrt sich aber entschieden dagegen, dass die Kostenbefreiung für Eltern andere, wichtigere Maßnahmen verdrängt. ■

# Leiharbeitnehereinsatz

## Unterschiedliche Mitbestimmungsregelungen beachten!

Wenn es um den Einsatz von Leiharbeitnehmern geht, sind die Rechte des Personalrats nach dem Berliner Personalvertretungsrecht gegenüber denen des Betriebsrats deutlich eingeschränkt. Konkret ist der Einsatz einer vorübergehenden Aushilfe bis zur Dauer von zwei Monaten komplett mitbestimmungsfrei. Anders im Bundespersonalvertretungsgesetz und im Betriebsverfassungsgesetz: Hier ist eine Beteiligung der Mitbestimmungsgremien von Anfang an vorgesehen.

Mit der abweichenden Berliner Regelung, die mittlerweile sowohl vom Verwaltungsgericht Berlin (VG 62 K 3.10 vom 21. Dezember 2010) als auch vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg und Bundesverwaltungsgericht (60 PV 3.11 vom 25. August 2011; BVerwG, Beschluss vom 25. April 2012 – 6 PB 24/11) bestätigt worden ist, geht für den entleihenden öffentlichen Arbeitnehmer mehr Flexibilität zu Lasten der Mitbestimmung der Arbeitnehmer einher. Sogar Überschreitungen des Zwei-Monats-Zeitraums sind erlaubt, wenn eine zunächst nur kurzfristig notwendige Aushilfskraft zur Deckung weiteren Arbeitsausfalls kurzfristig verlängert wird. Das VG Berlin konnte jedenfalls keine rechtsmissbräuchliche Umgehung der Mitbestimmungspflicht darin erkennen, dass ein zunächst für dreieinhalb Wochen geplanter Leiharbeitnehereinsatz als Krankheitsvertretung nach einer Unterbrechung weitere fünfeinhalb Wochen andauerte, weil der zunächst erkrankte reguläre Mitarbeiter seinen Urlaub antrat.

### Landesregelung entscheidend

Daran ändert auch die Bestimmung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) nichts, wonach „vor der Übernahme eines Leiharbeitnehmers zur Arbeitsleistung der Betriebsrat bzw. der Personalrat, der nach dem BPersVG gebildet ist, im Entleiherbetrieb nach dem BetrVG bzw. nach dem BPersVG zu beteiligen“ ist. Denn aus den Gesetzesmaterialien zum AÜG geht eindeutig hervor, dass nur eine Regelung für das BPersVG getroffen werden sollte und der Landesgesetzgeber zu einer Regelung in seinem Bereich aufgerufen ist

Eine der Bundesregelung entsprechende Bestimmung existiert aber im Berliner Personalvertretungsgesetz nicht. Insofern gilt nach der gefestigten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (6 P 28.91 vom 3. Februar 1993; 6 P 24.92 vom 15. März 1994; 6 P 9.93 vom 6. September 1995; 6 P 10.97 vom 23. März 1999) grundsätzlich die Vermutung, dass eine lediglich zu

Aushilfszwecken vorübergehende und geringfügige Beschäftigung eines (Leih-)Arbeitnehmers von weniger als zwei Monaten keine „dauerhafte“ Eingliederung in den Dienstbetrieb und damit keine Einstellung im Sinne der genannten Mitbestimmungsregelung darstellt. Der Personalrat ist deshalb lediglich im Rahmen seiner allgemeinen Aufgaben über die Tatsache eines Leiharbeitnehereinsatzes zu informieren.

### Betriebsrat muss informiert werden

Dagegen ist der Betriebsrat vor einer Einstellung eines Leiharbeitnehmers über dessen Person, den vorgesehenen innerbetrieblichen Einsatz und die Auswirkungen der Einstellung auf den Betriebsablauf zu unterrichten.

Außerdem ist eine Erklärung des Verleihers, dass Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis besteht, vorzulegen (LAG Niedersachsen vom 28. Februar 2006; 13 TaBV 56/05).

RA Maria Timmermann

## BLBS Berlin schaltet Lehrerkrisentelefon frei

Lehrkräfte an beruflichen Schulen können ab sofort von Dienstag bis Freitag bei Fragen, Problemen und Informationen von 19 bis 23 Uhr ein BLBS-Lehrerkrisentelefon nutzen.

Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen Landesverband Berlin will damit seinen Mitgliedern, aber auch allen anderen Lehrkräften an beruflichen Schulen in Berlin in Krisensituationen zur Seite stehen und auch außerhalb der Geschäftszeiten seiner Landesgeschäftsstelle erreichbar sein.

**Am Dienstag und Donnerstag von 19. bis 23 Uhr ist das Berliner Lehrerkrisentelefon unter der Rufnummer 0176.53265346 zu erreichen.**

**Mittwochs und Freitag, ebenfalls von 19 bis 23 Uhr steht der Anschluss 0176.52181397 zur Verfügung.**

Behauptung, Leitsatz	Prachtstraße	Buch-, Bogenformat	Trauben-ernte	herbei, hierher (ugs.)	Dichter, Lyriker	Frage- wort	Licht- spiel- theater	großer Greif- vogel	chemi- sches Element	langsam trotten, fahren (ugs.)				
Kopf- bedeckung			Edel- hirsch- art					süd- deutsch: Junge						
die erste Frau (A. T.)		Aus- schau halten					Wirbel- tier, Amphibie							
eng- li- scher Dienst- grad					edle Blume			griechi- scher Buch- stabe		Binde- wort				
			Klebe- mittel	<p style="text-align: center;"><b>UNSERE GEWINNER</b></p> <p style="text-align: center;">Über fachmännisch gestaltete Visitenkarten dürfen sich die Gewinner unseres Juli/August-Preisrätsels freuen: Gerhard Utzig, 14089 Berlin, Kerstin Hagemann, 13125 Berlin, und Beate Utecht, 13507 Berlin.</p> <p style="text-align: center;"><b>Herzlichen Glückwunsch!</b></p>										
Unter- einheit von Euro u. Dollar	Gebiet des eigenen Staates	Stein mit eingeschnittenem Bild								Gelieb- ter der Julia		unwirk- lich		
										unbestimmter Artikel				
Horn- tier	Medi- ziner									Erde, Lebens- raum des Menschen		Bergwerk		
Schaf- junges			Abk. für Bürgerli- ches Ge- setzbuch	kleines hirsch- artiges Waldtier	Aroma, zarter Geruch	Korridor, Gang	US-Box- legende (Muham- mad)	nicht kalt		Mittel gegen Körpergeruch (Kzw.)				
mittel- los; be- dauerns- wert		Luftkur- ort im Oberharz						Schwur						
				träge, arbeits- unlustig				Schling-, Urwald- pflanze						
Inserat, Annonce		Schutz, fürsorg- liche Aufsicht			Fuß- oder Hand- rücken			Papst- name						



## Chance für Musikliebhaber!

Musikfreunde lieben den vollen Klang. Damit der sie in möglichst vielen Lebenslagen, in Bus und Bahn, im Park oder auch zu Hause erfreuen kann, ohne andere zu stören, sind Kopfhörer sehr beliebt. Das weiß auch die Nürnberger Versicherung, die dankenswerterweise ein Paar **Bluetooth-Kopfhörer** für das hauptstadt magazin-Preisrätsel gesponsert hat. Also mitraten und mit etwas Glück überall vollen Klang erleben!

Schicken Sie das Lösungswort bis **15. September 2018** an:

**dbb berlin**  
**post@dbb.berlin**  
**Fax: 030.327952-20**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

**PREISRÄTSEL**

## Glückwünsche für den neuen Landesbranddirektor

Der dbb berlin hat dem neuen Landesbranddirektor Karsten Homringhaus zu seiner Ernennung gratuliert. „Wir wünschen Ihnen für Ihre Amtszeit viel Glück, Erfolg und Schaffenskraft“, heißt es in einem Schreiben des dbb Landesvorsitzenden Frank Becker, der sich bereits auf ein erstes Zusammentreffen mit dem neuen Landesbranddirektor am 10. Oktober 2018 freut.

## Berliner Präventionstag 2018

### „Gemeinsam für den Kiez“

Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt lädt am 20. September 2018 zum diesjährigen Berliner Präventionstag ein.

Unter dem Motto „Gemeinsam für den Kiez“ ranken sich Vorträge und Diskussionen um sozialräumliche Gewalt und Kriminalitätsprävention.

Konkret geht es um die Fragen, wie Herausforderungen und Lösungen in den Bereichen Quartierentwicklung, Schule, Sport, Polizei, Jugend und Familie aussehen.

Dazu stehen spannende Impulsvorträgen rund um Gewaltprävention im Kiez auf dem Programm, das

auch die Verleihung des Berliner Präventionspreises 2018 vorsieht.

Veranstaltungsort ist das Theater an der Parkaue, Parkaue 29, 10367 Berlin. Der Zugang zur Veranstaltung ist barrierefrei.

Anmeldungen zu der kostenfreien Veranstaltung sind bis 9. September möglich unter:  
<https://www.berlin.de/lb/lkbgg/aktivitaeten/praeventionstage/2018/formular.712725.php>

Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

beim Berlin

Berliner Präventionstag 2018  
**GEMEINSAM FÜR DEN KIEZ**  
Sozialräumliche Gewalt- und  
Kriminalitätsprävention

20. September 2018  
#PraevTag18

© SenI